

Menschen vor Profite. Zukunft statt Kapitalismus.

Entwurf des Eckpunktepapiers des Berliner Bündnisses „Linke Alternativen zur Krise des Kapitalismus. Nach Diskussion der Vorbereitungsgruppe am 2.1.2009

Die Krise...

In der Öffentlichkeit wird über die aktuelle Krise als Krise des Finanzsystems gesprochen. Maßnahmen von oben richten sich darauf, Banken und Versicherungen durch Bereitstellung gewaltiger Finanzmittel zu stützen.

Dagegen zeigt sich in der aktuellen Krise nicht v.a. das Fehlverhalten von Bänkern und Managern, sondern das Versagen des neoliberalen Kapitalismus, der in den letzten Jahrzehnten die Ausbeutungsraten verschärft hat. Die so entstandenen gigantischen Gewinne konnten nicht profitabel reinvestiert werden und wurden auf die liberalisierten Finanzmärkte gelenkt. So entstanden die Spekulationsblasen, die nun geplatzt sind.

Die Krise ist global und verschärft die Konkurrenz verschiedener Kapitale. Wenn mit der Standortkonkurrenz nicht gebrochen wird, werden die Leidtragenden der Krise in diesem Konkurrenzkampf in Dienst genommen werden. Die Krise verschärft die Gefahr von Kriegen zur Interessendurchsetzung wie auch den Ausbau von Sicherheitspolitik zu einem autoritären Kapitalismus: in der Bekämpfung der Armen statt der Armut, in der Abschottung gegen Migranten und in Überwachung und Bekämpfung sozialer Kritik.

...welche Krise?

Verschiebt man den Blickweg vom Funktionieren der Wirtschaft hin zur Frage, wie sie den Bedürfnissen der Menschen dient, wird deutlich, dass die Krise schon viel älter ist: Krise ist auch die sich ausweitende Armut, Gesundheitsreformen, die eine zunehmende Anzahl von Menschen von angemessener Versorgung ausschließt, mangelnder Zugang zu Bildung, Erhöhung der Arbeitslosigkeit und Lohndrückerei, weltweit: Hungerkrise, Klimakrise. Auch diese Krisen sollen in unserem Bündnis aufgegriffen werden.

Wir zahlen nicht für die Krise – Keine Abwälzung der Krisenfolgen auf Lohnabhängige und den Globalen Süden

Die Bereitstellung von Finanzmitteln für Banken und Konzerne sind nicht der erste Schritt zur Verstaatlichung, sondern eine weitere Privatisierung des Staates.

Dagegen wird die Bevölkerung aufgerufen, sich auf harte Zeiten vorzubereiten: Lohnverzicht und Sozialabbau setzen auf Spaltungen zwischen verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen und eine Verschärfung der Ausbeutung. Was angeblich im Interesse Aller ist, ist tatsächlich eine Fortschreibung der Umverteilung von unten nach oben.

Widerstand

Es hat sich gezeigt, dass die Rezepte von Gestern nicht zum Erfolg führen. Versuche, über

Verzicht das Kapital zu stützen, werden auf lange Sicht die Krise verschärfen, nicht lösen. Stattdessen geht es darum, die sozialen Interessen der Menschen – hier und weltweit – zu verteidigen.

In den letzten Monaten hat sich an verschiedenen Punkten Kritik und Widerstand gezeigt: Proteste und Generalstreik in Griechenland und Italien; Proteste in den USA, Betriebsbesetzungen (Vakuumschmelze), Deutschland (zuletzt): Kämpfe um das Gesundheitssystem, gegen Ausbau innere Sicherheit
Gegen die Krise des Bildungssystem und den Raubbau an ihrer Zukunft haben Schüler in Deutschland, Frankreich, Italien massenhaft protestiert.

Wir wollen an diese Bewegungen anknüpfen, den Widerstand ausweiten.

Forderungen

Wir wollen: Eine Gesellschaft, in der die Menschen über ihr Leben selbst verfügen können. Dafür bedarf es einer umfassenden Demokratisierung, die auch die materiellen Grundlagen des Lebens betrifft. Keine Privatisierung des Staates, sondern Nutzung der öffentlichen Mittel zur Verbreiterung von Demokratie und Solidarität. Die höhere Produktivität der Gesellschaft soll genutzt werden, um weniger zu arbeiten und gleichzeitig am gesellschaftlichen Reichtum – auch an Zeit – teilzuhaben.

1. Öffentliche Güter für eine solidarische Gesellschaft – Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums

Menschen vor Profite: Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Finanzierung zu Lasten von Kapitalgewinnen und Vermögensbesitz:

Verstaatlichung des Finanzsystems

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

Arbeitsplatzsicherung, aber mit **demokratischer Kontrolle** der Beschäftigten.

Abschaffung der Leih- und Zeitarbeit, bis dahin: Gleichstellung in den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen

Sozialpolitik, die die Beteiligung der Betroffenen an gesellschaftlichen Entscheidungen und gesellschaftlichem Reichtum sicherstellt:

Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, bis dahin sofortiges Anheben der Regelsätze.

Allgemeiner und kostenloser Zugang zu Bildung und Kultur. Verbot von Studiengebühren, gebührenfreie allgemeine Kita-Versorgung, Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Privatschulen und der Zugangsbeschränkungen zu Hochschulen.

Keine **Privatisierung des Gesundheitssystems**: Gute Arbeit im Gesundheitsbereich braucht gute Arbeitsbedingungen; Ausbau eines öffentlichen und für alle zugänglichen

Gesundheitssysteme ohne Zwei-Klassen-Regelungen.

Die Privatisierung des Rentensystems gefährdet die Renten und hat zur Verschärfung der Finanzspekulationen geführt. **Rente mit 60** bei vollen Bezügen.

2. **Materielle Demokratisierung statt Ausbau des Sicherheitsstaates**

Demokratische Kontrolle über gesellschaftlichen Reichtum und demokratische Verfügung über Produktion und Verwendung der Gewinne, weltweit. **Die** Gesetze zur inneren Sicherheit behindern Selbstorganisation und Demokratie.

Rücknahme der Anti-Terror-Gesetzes.

Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Demokratisierung der Betriebe durch Ausbau der Rechte der Beschäftigten

Durchsetzung des politischen Streikrechts

3. **Bekämpfung der globalen Ursache der Krise:**

Keine Unterstützung den internationalen Gremien, die die Profitinteressen des internationalen Kapitals und der G8-Staaten verteidigen und für die globalen Hunger- und Armutskrisen verantwortlich sind: IWF, Weltbank, NATO, G8.

Rückzug der Bundeswehr aus allen Einsatzgebieten.

Kein Kampf gegen die internationalen Armen und Migranten. Gleiche Rechte für Migranten.

4. **Kein Grüner Kapitalismus auf Kosten der Beschäftigten und der Nahrungsversorgung**

Um die Klima-, Umwelt- und Energiekrise zu überwinden setzen Unternehmen und Politik auf Atomenergie, Biosprit und grüne Technologien. Doch die industrielle Produktion von Biosprit auf Nahrungsmittelflächen führt zur Verschärfung des Welthungers. Statt Aufschub der Klimaziele durch die Wirtschaftskrise – Einstieg in einen sozialen und ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems:

Verstaatlichung der Energiekonzerne, Abschaltung der Atomkraftwerke.

Langfristige Umstellung der Automobilindustrie auf umweltverträgliche Produktion.

Landreform und Enteignung von Agrargroßkonzernen.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen ist es wichtig, gemeinsam aktiv zu werden: auf den Straßen, in den Betrieben, in den Parlamenten, mit politischem Streik und sozialem Ungehorsam.

Menschen vor Profite. Zukunft statt Kapitalismus.